

Der verdrängte Jahrestag.

Die Auflösung der Sowjetunion und die Entstehung des postsowjetischen Krisenraums

Felix Jaitner

Der sich in diesem Jahr nähernde 30. Jahrestag der Auflösung der Sowjetunion weist eine eigentümliche Besonderheit auf: Kaum ein Nachfolgestaat gedenkt diesem Ereignis. Heutzutage dominiert in so unterschiedlichen Ländern wie den baltischen und südkaukasischen Republiken, der Ukraine oder in Zentralasien das Narrativ der UdSSR als totalitäres Völkergefängnis, das Demokratie und ethnische Minderheiten (darunter die Titularnationen der Nachfolgestaaten) unterdrückt und eine rücksichtslose Russifizierung aller Lebensbereiche erzwungen habe. Nur in Russland und Belarus ist die klare Abgrenzung zur Sowjetunion schwächer, wenn auch nicht weniger selektiv. Die politische Elite Russlands etwa verweist regelmäßig auf die „tausendjährige Geschichte“ des Landes und stellt damit eine Kontinuität her, die dem ursprünglichen Selbstverständnis der Sowjetunion als sozialistischer Vielvölkerstaat ohne staatstragende Nation widerspricht.

Die heutzutage weitgehend unhinterfragte Gleichsetzung der UdSSR mit Russland und des Sozialismus als totalitäre Ideologie hat weitreichende Folgen: Sie dient den Regierungen einerseits als Begründung ihres politischen Kurses und überlagert andererseits mögliche alternative Deutungen, die den sowjetischen Zerfallsprozess erklären. Die sich in den 1980er Jahren zuspitzenden und gegenseitig überlagernden politischen, ökonomischen und ökologischen Krisenprozesse geraten damit aus dem Blick. Diese werden in dem vorliegenden Beitrag analysiert. Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei den Positionen der russischen Elite zuteil. Denn im Gegensatz zu Deutungen, die Sowjetunion sei aufgrund der Unabhängigkeitsbestrebungen an ihrer Peripherie zerfallen, wird hier die These vertreten, dass die sich verändernde Haltung der russischen Eliten maßgeblich für den Zerfallsprozess war. Der Artikel schließt mit einer Einschätzung der Auswirkungen des Zerfallsprozesses auf die aktuelle Entwicklung des postsowjetischen Raums. Die Instabilität und vielfältigen Konflikte in der Region können nicht ohne die Auflösung der UdSSR und speziell den undemokratischen Charakter dieses Vorgangs erklärt werden.

Das Demokratiedefizit des Staatssozialismus

Bis heute dominiert in der wissenschaftlichen und politischen Debatte das Verständnis der sowjetischen Gesellschaft als totalitärer Entität. Demnach wird Herrschaftsausübung beinahe ausschließlich auf staatlichen Terror und die Einschränkung bürgerlicher Rechte reduziert (exemplarisch: Friedrich/Brzezinski 1957). Gesellschaftliche (Klassen-)Konflikte, aber auch Formen und Praktiken der Zustimmung seitens der Bevölkerung bleiben so weitgehend unberücksichtigt. Im Gegensatz dazu wird in diesem Artikel die spezifische Form gesellschaftlicher Regulation in der Sowjetunion als „Staatssozialismus“

definiert. Der Politikwissenschaftler Dieter Segert versteht unter diesem Begriff nicht nur ein Herrschaftssystem, sondern eine „besondere Form von Gesellschaft“ (Segert 2013: 53), die durch ein spezifisches Wirtschaftssystem (Planwirtschaft) und eine eigene Kultur geprägt war. Den Staatssozialismus zeichnete ein spezifisches Institutionengefüge aus, das in einer Koexistenz staatlicher Institutionen und der kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) seinen Ausdruck fand. Die Besetzung wichtiger Ämter und Positionen im Staat durch KP-Mitglieder sowie die Dopplung der Staatsverwaltung durch den Parteiapparat sicherte der Nomenklatura sowie der KPdSU und der mit ihr verbundenen Organisationen ihre zentrale Rolle. Die Stellung der Staatsbürokratie wurde zudem durch die Zentralisierung des politischen Entscheidungsfindungsprozesses, die Begrenzung der zur Entscheidung berechtigten Organe auf kleine Gremien sowie die Absicherung der Herrschafts- und Machtverhältnisse durch die staatlichen Gewaltapparate (Geheimdienste, Polizei und Armee) garantiert (vgl. Lane 1976; Segert 2013: 53). Das Präfix „Staat“ verweist folglich auf die autoritär-bürokratische Herrschaftsform sowie der Allgegenwärtigkeit und Dominanz des Staates in diesem Herrschaftsverhältnis.

Die staatssozialistische Regulationsweise zeichnete sich zudem durch spezifische Klassenverhältnisse aus. Diese haben ihren Ursprung im Stalinismus und sind ein wichtiger Grund für die relative Stabilität der sowjetischen Gesellschaft bis in die 1980er Jahre. Im Staatssozialismus erfolgte die soziale Differenzierung weniger über Privateigentum (Produktionsmittel, Einkommen, Grundbesitz), als über die Stellung im gesellschaftlichen System. Diese bestimmt maßgeblich den Zugang zu ökonomischen und sozialen Ressourcen, aber auch das Maß an politischen Einfluss. Die herrschende Klasse oder „Top-Nomenklatura“ bestand aus den Mitgliedern des Politbüros und des Zentralkomitees der KPdSU. Sie besaß das Entscheidungsmonopol auf alle wichtigen Ressourcen des Staates und der Gesellschaft. ArbeiterInnen und Angestellte bildeten dagegen eine Klasse aus Subalternen, sie waren von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und verfügten über keine autonomen Organisationsressourcen (Brie 1996: 42 ff.).

Ähnlich kapitalistischen Gesellschaften gab es auch im Staatssozialismus eine Mittelschicht. Die sogenannte Dienstklasse definierte sich jedoch weniger über ihre ökonomische als ihre politische Stellung als „Funktionselite“ (Brie 1996: 42). Indem sie das Kommando über alle wesentlichen gesellschaftlichen Ressourcen ausübte, verfügte die Dienstklasse über beträchtlichen Einfluss und nahm zwischen der herrschenden und subalternen Klasse eine zentrale Vermittlungsfunktion im Machtgefüge ein, was eine gewisse Responsivität des Systems für gesellschaftliche Veränderungsprozesse gewährleistete und damit einen wesentlichen Stabilitätsfaktor darstellte (vgl. Segert 2002: 139 ff.).

Die Entstehung der Dienstklasse und ihre spezifische gesellschaftliche Position haben ihren Ursprung in der stalinistischen Industrialisierung. Die Kollektivierung der Landwirtschaft, „die zweite Ära der Leibeigenschaft“ (Krasilshchikov 2014: 68), traf unter der neu entstehenden urbanen Bevölkerung und der sich herausbildenden Dienstklasse auf Unterstützung, denn sie ermöglichte diesen Schichten sozialen Fortschritt. Unter dem Motto „Sozialismus in einem Land“ setzte die stalinistische Führung in den 1930er Jahren einen Industrialisierungsprozess in Gang, der den Bedarf nach Fachkräften (Facharbeitern, Wissenschaftlern etc.) deutlich steigerte. Dies und die forcierte Bildungsex-

pansion schafften eine neue soziale Aufwärtsmobilität, die bis in die 1970er Jahre wichtige gesellschaftliche Stabilitätsfaktoren bildeten.

Zugleich schuf sie neue Formen der Abhängigkeit, diesmal nicht vom Adel, wie im Zarismus, sondern vom Staat. Das gilt sowohl in politischer Hinsicht, da der Aufstieg in der Hierarchie an die persönliche Loyalität zum Regime durch Parteizugehörigkeit, Mitgliedschaft in den Gewerkschaften sowie klientelistische Praktiken gebunden war, als auch ökonomisch, da der gesellschaftlich produzierte Mehrwert ausschließlich durch den Staat angeeignet und verteilt wurde und das Einkommen der Dienstklasse folglich nicht auf Privateigentum beruhte. Diese politische und ökonomische Abhängigkeit von Staat und Partei begründet die ambivalente und prekäre Position der Dienstklasse im sowjetischen Herrschaftssystem und verhinderte, dass sie sich zu einer neuen herrschenden Klasse entwickelte. Da ihre Legitimation auf der Existenz der UdSSR und sozialistischen Idealen beruhte, konnte sie ihre Position nur wahren, indem sie die sowjetische Gesellschaft erhielt, „was ihre bourgeoisen Ansprüche im Zaum hielt“ (Dzarusov 2014: 48-50). Die Dienstklasse band sich freiwillig an die Weisungen der Parteiführung und garantierte damit das „spezifisch staatssozialistische Legitimitätsverhältnis“ (Brie 1992: 43).

Die extreme Machtkonzentration im Staat schuf einen Antagonismus zwischen den Herrschenden und dem Volk, da es sich in der Sowjetunion trotz des demokratischen Herrschaftsanspruches eben um keine Volksherrschaft handelte. Da darüber hinaus keine ausreichende Form der Interessenvermittlung existierte war es „die Ultima Ratio kommunistischer Macht, es nicht zu einem offenen Aufbrechen von Konflikten kommen zu lassen, da damit sofort das ganze System der Macht unmittelbar bedroht war“ (Brie 1992: 46).

Im Zuge der Systemkonkurrenz des Ost-West-Konfliktes geriet der Staatssozialismus immer stärker zum „Neffen des fordistischen Kompromisses“ (Lipietz 1998: 127). Die Kombination aus Taylorismus und dauerhaft garantierter Beschäftigung wurde in der Breschnew-Ära um einen „Konsumsozialismus“ (Chernyshova 2013) ergänzt. Die bis in die 1960er Jahre anhaltenden Aufschwungsphase erlaubte der sowjetischen Führung, die Konsummöglichkeiten für die Bevölkerung auszuweiten, wodurch sich die soziale Lage breiter Schichten deutlich verbesserte. Allerdings traten in dieser Phase die ökonomischen Schwierigkeiten immer deutlicher zu Tage. Die Priorität, die der „sowjetische Modernisierungstypus“ (Berend 1996: 197) Produktionssteigerungen und dem Aufbau der Schwerindustrie zuwies, erschwerte die Entwicklung des Dienstleistungssektors und die Integration neuer Technologien (Computerisierung) in den Produktionsprozess und hemmte die Innovationsfähigkeit. Die extreme Zentralisierung der Ökonomie und der Mangel an demokratischer Partizipation auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung erwiesen sich immer deutlicher als Entwicklungshindernis. Die hierarchische Vorgabe der Produktionsziele schränkte die Emanzipation der Fabrikarbeiterschaft und die Diskussionen um gesellschaftliche Produktionsziele ein. Die Planungskompetenz des Staates „organisiert sich zumindest teilweise gegen gesellschaftliche Ansprüche der demokratischen Partizipation“ (Altvater 1997: 40).

Sowjetische Vielfachkrisen

Die Erschließung der sibirischen Öl- und Gasvorräte ab den 1960ern Jahre bedeute einen Paradigmenwechsel in der politischen Ökonomie der Sowjetunion. Mit dem einsetzenden Rohstoffexport nach Westeuropa und Deutschland begann eine partielle Eingliederung des Landes in den kapitalistischen Weltmarkt, ein innergesellschaftlicher Übergang zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen blieb jedoch (vorerst) aus. Die Ausrichtung auf den Rohstoffexport verschärfte nicht nur den Konkurrenzdruck auf die Industrie, sondern führte auch zu einer schleichenden ökonomischen Abhängigkeit des Landes von Westeuropa, insbesondere im Hochtechnologiegüterbereich (Kagarlickij/Sergeew 2014: 381–384).

Die Veränderung der sowjetischen Exportstruktur zeigt die sich verändernde Rolle des Landes in der globalen Arbeitsteilung. Während im Jahr 1970 der Anteil von Maschinen und Ausrüstungsgegenständen am Gesamtexport 21,5 Prozent ausmachte, fiel der Wert bis zum Jahr 1987 auf 15,5 Prozent. Die Abnehmer waren hauptsächlich Mitgliedsstaaten des RGW und Entwicklungsländer. Der Anteil von Maschinen und Ausrüstung am Import wuchs dagegen im selben Zeitraum von 35,6 Prozent auf 41,4 Prozent. Die Bedeutung von Energieträgern am Gesamtexport nahm in dieser Zeit ebenfalls zu und stieg von 15,6 Prozent (1970) auf 46,5 Prozent (1987). Diese Veränderungen gehen mit einer Neuausrichtung der sowjetischen Handelsströme einher. Der Anteil der westlichen Staaten am Außenhandel wuchs von 21,3 Prozent im Jahr 1970 auf 32,9 Prozent sechs Jahre später (Kagarlickij/Sergeew 2014: 379–381).

Kennzeichnend für die sowjetische Ökonomie der 1980er Jahre wurde eine wachsende Dualität zwischen dem außenorientierten Rohstoffsektor und binnenorientierten produzierenden Sektoren, was die inneren Entwicklungsunterschiede des Landes vertiefte. Zwischen 1980 und 1988 stiegen die realen Pro-Kopf-Haushaltseinkommen in den baltischen Staaten um bis zu 30 Prozent. In einigen zentralasiatischen und kaukasischen Republiken gingen sie dagegen teilweise zurück (Langhammer/Lücke 1995: 5). Hinzu kamen „erhebliche Verschiebungen in den internen Terms of Trade zugunsten der rohstoffreichen Republiken, insbesondere Russlands, und zu Lasten der Republiken mit einem hohen Anteil von Fertigwarenindustrien“ (ebd.: 7). Aufgrund der Rohstoffvorkommen, der Konzentration großer Industriezweige und der Größe des Landes war die russische Teilrepublik (RSFSR) verhältnismäßig schwach in den innersowjetischen Handel (Intra-Handel) eingebunden. Im Jahr 1988 betrug der Intra-Handel knapp 58 Prozent des russischen Gesamthandels und trug nur 12,9 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt der RSFSR bei, sogar für die baltischen Republiken oder die Ukraine hatte der Intra-Handel eine höhere Bedeutung für die nationale Wirtschaftsleistung (ebd.: 4). Eine Finanzierung der relativ unproduktiven Industrie wurde somit immer kostenintensiver, während eine Konzentration auf den Rohstoffexport hohe Profite versprach. Als der Ölpreis Mitte der 1980er Jahre deutlich zurückging geriet die sowjetische Wirtschaft in eine ernste Krise. Dies stärkte Forderungen innerhalb der russischen Eliten, die materielle und rohstoffliche Subventionierung der sowjetischen Peripherie (Kaukasus, Zentralasien), die maßgeblich durch die russische Teilrepublik erbracht wurde, zu Gunsten einer verstärkten Weltmarktorientierung drastisch zu reduzieren.

Im Zuge der sich verschärfenden ökonomischen Krise nahmen auch die sozialen Widersprüche zu. Als Folge der staatlichen Entwicklungsanstrengungen differenzierte

sich die sowjetische Gesellschaft seit den 1960er Jahren immer weiter aus. Ein Ausdruck davon waren die fortschreitende Urbanisierung, der Anstieg der Industriearbeiterschaft bei gleichzeitigem Rückgang der Bauern und die Zunahme des Anteils der Angestellten von 1/6 im Jahr 1930 auf 1/3 (1980) Gesamtbeschäftigtenstruktur (Dzarusov 2014: 56-57). Die Klassengegensätze traten dabei besonders zwischen der Industriearbeiterschaft und Schichten mit höherem Bildungsniveau zu Tage, die in ihrer sozialen Entwicklung zunehmend stagnierten. Während 1940 die Durchschnittseinkommen im Bildungssektor ca. 97 Prozent des durchschnittlichen Lohns in der Industrie entsprach, fiel dieser Wert bis 1985 auf 63 Prozent. Mitte der 1980er Jahre verdiente ein junger Arbeiter mit zwei bis drei Jahren Berufserfahrung mehr als ein beginnender Assistenzprofessor – eine Entwicklung, die die Unzufriedenheit unter der Intelligenz und der Dienstklasse zunehmend erhöhte (Dzarusov 2014: 56-57). Doch auch innerhalb der Arbeiterschaft nahm die Polarisierung zu. Im Jahr 1985 waren 40 Prozent aller Arbeiter in der Sowjetunion ungelernete Arbeiter. Diese konzentrieren sich überwiegend auf bestimmte Sektoren, wie das Baugewerbe (etwa 55-60 Prozent aller Arbeiter ungelernete) und die Landwirtschaft (70-75 Prozent aller Landarbeiter ungelernete) (Krasilshchikov 2014: 72).

Die tiefgreifende gesellschaftliche Krise in der Sowjetunion, die ab den 1980er Jahren immer deutlichere Konturen annahm, hatte neben einer wirtschaftlichen und politischen auch eine ökologische Dimension. Das planwirtschaftliche Akkumulationsregime basierte auf der systematischen Kontrolle und Aneignung von „billiger Natur“ (Moore 2015: 12). Natur als Ressource erscheint als unbegrenzt verfügbar, da sie nicht nur als Quelle von Rohstoffen dient, sondern zugleich die mit der Industrieproduktion einhergehenden Folgekosten absorbiert. Im Jahr 1988 konstatierte der Umweltaktivist Alexej Jakowlew, in der UdSSR gebe es keine „bedeutende Landesregion ohne ernste ökologische Probleme“ (Jakowlew 1988: 310). Insbesondere die industrialisierten Ballungsgebiete im europäischen Teil, aber auch Moldawien, Sibirien, die Ukraine und Zentralasien bezeichnet Jakowlew als Regionen mit „katastrophalen ökologischen Zuständen (ebd.)“. Die spürbar schädlichen Auswirkungen auf Gesundheit und Lebensqualität trugen zu einer Politisierung breiter gesellschaftlicher Schichten und einer intensiven Debatte über das sowjetische Entwicklungsmodell bei.

Russland stellt die Verteilungsfrage – der Aufstieg Boris Jelzins

Die in der Perestroika angestoßene Entflechtung von Staat und Partei schuf ein Machtvakuum in den Unionsrepubliken, das den Handlungsspielraum der nationalen Eliten (Staatsbürokratie, Betriebsdirektoren, hochrangige Parteikader) stark vergrößerte. Oftmals begünstigte dies ein Bündnis zwischen den aufkommenden Nationalbewegungen und der Staatsbürokratie, da letztere davon ausging, in einem unabhängigen Nachfolgestaat die künftige politische Entwicklung und die Verteilung des Staatseigentums stärker beeinflussen zu können als in einer reformierten Union unter Staatspräsident Michail Gorbatschow, so etwa in der Ukraine (vgl. Hale 1999). Die wachsenden nationalen Konflikte können mit dem Austromarxisten Otto Bauer (1924) daher als „transformierter Klassenhass“ beschrieben werden. In dem Moment, wo die Klassengegensätze in der Sowjetunion offen zu Tage traten, wurden sie durch die nationale Frage überformt. Relevante Teile der russischen Elite griffen diese Spaltungen auf. Als die Wirtschafts-

krise in den späten 1980er Jahren zu eskalieren drohte und die staatliche Kontrolle über die Betriebe abnahm, drängte ein heterogenes Bündnis aus Dienstklasse, neoliberalen Ökonomen und großen Teilen der liberalen Dissidentenbewegung auf einen unverzüglichen Übergang zur Marktwirtschaft. Aufgrund der vergleichsweise weit fortgeschrittenen Internationalisierung der russischen Rohstoffkonzerne, dem hohen Industrialisierungsgrad und der Größe des Landes bewertete diese Gruppe die Voraussetzungen für ein unabhängiges, kapitalistisches Russland als günstig (Jaitner 2014b: 31–59). Politisch repräsentiert wurde dieses Bündnis von Boris Jelzin.

Gorbatschows politischer Kurs stieß nicht nur unter pro-kapitalistischen, sondern auch national-konservativen Kräften auf Widerstand. Letztere kritisierten die wirtschaftliche Liberalisierung und fürchteten, der initiierte Unionsverhandlungsprozesses zur Neugründung der UdSSR führe zum Staatsverfall. Am 19. August 1991 setzte das „Staatskomitee für den Ausnahmezustand“ Gorbatschow ab und versuchte, die Kontrolle zu übernehmen. Die Putschisten scheiterten drei Tage später am Widerstand der Bevölkerung und der Führung der RSFSR um Boris Jelzin. Den „August-Putsch“ nutzte die Jelzin-Administration, um eigenständig weitreichende Entscheidungskompetenzen von der Unionsebene auf die RSFSR zu verlagern – und behielt diese auch nach dem Scheitern der Putschisten bei. Dadurch war die Unionsregierung um Gorbatschow der politischen Initiative beraubt und die inneren Kräfteverhältnisse nun eindeutig zu Gunsten der russischen Teilrepublik verschoben, was die Fliehkräfte in der Peripherie, insbesondere den slawischen Unionsrepubliken, förderte, da diese eine ungehemmte russische Vorherrschaft fürchteten. Vor diesem Hintergrund traf Jelzin gemeinsam mit den Präsidenten der belarussischen und der ukrainischen Sowjetrepubliken, Stanislaw Schuschkewitsch und Leonid Kutschma, am 8. Dezember 1991 die Belowscher Vereinbarung, die die offizielle Auflösung der Sowjetunion besiegelte. Die Teilnehmer waren in keiner Weise autorisiert, eine Entscheidung von solcher Tragweite zu fällen. Weder trafen sie sich im Rahmen eines institutionalisierten Gremiums des Unionsverhandlungsprozesses noch hatte die sowjetische Regierung oder das Parlament den Teilnehmern entsprechende Entscheidungsvollmachten erteilt. Darüber hinaus ignorierte die Vereinbarung ein sechs Monate zuvor abgehaltenes Referendum über den Fortbestand der UdSSR, das die Grundlage eines neuen Staatsvertrags bilden sollte. Damals hatte sich in allen Republiken eine Mehrheit für den Erhalt einer reformierten Union (ohne die die baltischen Staaten, Georgien, Armenien und Moldawien) ausgesprochen.

Von der Auflösung der UdSSR zum postsowjetischen Krisenraum

Die Auflösung der UdSSR gilt oft als beispielhaft für einen weitgehend friedlichen Zerfallsprozess. Doch 30 Jahre später lässt sich feststellen, dass der postsowjetische Raum von Instabilität, Krisen und Konflikten geprägt ist. Dabei lassen sich „überschneidende Krisenphänomene“ (vgl. Jaitner/Olteanu/Spöri 2018) ausmachen, die unmittelbar den Peripherisierungsprozess und damit die Polarisierung der gesamten Region verschärfen: Die Auflösung der Sowjetunion und der tiefgreifende politische und ökonomische Transformationsprozess (tiefe Transformationskrise) (ebd.: 5 ff.).

Der sowjetische Zerfallsprozess forcierte eine Sezessionsdynamik, die die Legitimität multiethnischer Staaten bedrohte und die meisten Nachfolgestaaten erfasste. Unter

dem Schlagwort die „große Umgestaltung“ beschreibt der Kulturwissenschaftler Roger Brubaker (2011) einen umkämpften Prozess nachholender Nationalstaatsbildung in Osteuropa und dem post-sowjetischen Raum, in dem politische Rechte (Staatsbürgerschaft und -rechte, Sprachgebrauch) und soziale Rechte oftmals entlang ethnischer Zugehörigkeit neu definiert werden. Dabei handelt es sich keinesfalls nur um einen Konflikt der 1990er Jahre. Eine wichtige Ursache des Kriegs in der Ukraine ist die Infragestellung des multiethnischen Charakters der ukrainischen Gesellschaft. Die Entwicklung des Landes folgt damit vergleichbaren Konfliktmustern in der Region und ist in diesem Sinne ein typischer post-sowjetischer Konflikt (vgl. Jaitner 2015).

Die große Mehrheit der vormalig staatssozialistischen Länder setzte im Zuge des Transformationsprozesses auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik (Schocktherapie). Damit wurden Osteuropa und der postsowjetische Raum zwar zu Trendsettern der neoliberalen Globalisierung, gaben aber den Versuch auf, ein alternatives Zentrum gesellschaftlicher Entwicklung zur kapitalistischen „ersten Welt“ zu etablieren. Die ökonomische Entwicklung des postsowjetischen Raums ist seit den frühen 1990er Jahren von einem anhaltenden Peripherisierungsprozess geprägt. Dies äußert sich in der wachsenden politischen, ökonomischen und technologischen Abhängigkeit der Region von den kapitalistischen Zentrumsstaaten und den sich verschärfenden Widersprüchen und Instabilitäten im Innern.

Der oftmals exklusiv gestaltete Prozess der Nationalstaatsgründung, der wirtschaftliche Niedergang und die gesellschaftliche Polarisierung schwächen das Vertrauen in staatliche Institutionen und behindern damit den Demokratisierungsprozess. So ist es nicht verwunderlich, dass eine Vielzahl postsowjetischer Staaten (Aserbaidshan, Belarus, Kasachstan, Russland, Turkmenistan, Usbekistan) zu Protagonisten eines „autoritären Kapitalismus“ (Deppe 2013) geworden sind. In Georgien, Kirgisien, Moldawien oder der Ukraine waren die Herrschenden dagegen nicht in der Lage einen Konsens auszuhandeln, der die politische und ökonomische Entwicklung ihrer Länder langfristig stabilisiert hätte. Eine Folge davon ist eine größere parteipolitische Pluralität in diesen Ländern. Die konkurrierenden Parteien können sich zwar hinsichtlich ihrer Wirtschaftspolitik, ihrer gesellschaftlichen Verankerung und geopolitischen Ausrichtung durchaus unterscheiden, vertreten jedoch oft unmittelbar die Interessen einzelner Kapitalfraktionen, weshalb die Herrschafts- und Machtverhältnisse deutlich umkämpfter sind. Damit wird der Staat zu einem zentralen Kampffeld um ökonomische und politische Positionen individueller Kapitalinteressen, was seine Autonomie schwächt.

Fazit

Die Auflösung der Sowjetunion wird bis heute vor allem auf nationalistische Spannungen und das politische Scheitern Gorbatschows zurückgeführt. Beide Argumente sind nicht falsch. Sie stehen jedoch in einem engen Zusammenhang mit den sich verschärfenden ökonomischen, politischen und ökologischen Krisenprozessen, die sich in den späten 1980er Jahren zu Auseinandersetzungen um das sowjetische Entwicklungsmodell verdichteten. Die Unabhängigkeitsforderungen sind daher auch eine Reaktion auf die immer offenere Weigerung der russischen Elite, die materielle Umverteilung zu Gunsten der sowjetischen Peripherie (Kaukasus, Zentralasien) aufrecht zu erhalten.

Die Folgen des sowjetischen Zerfallsprozesses wirken bis heute nach. So wurden nicht nur die vielschichtigen sowjetischen Krisenprozesse weitgehend konserviert, die Auflösung der Sowjetunion und der tiefgreifende politische und ökonomische Transformationsprozess verschärfen die Polarisierung in der Region und sorgen für anhaltende gesellschaftliche Instabilität. Doch auch politisch sind die Folgen der Auflösung bis heute spürbar, bedeutete sie doch eine vorläufige Aufgabe realer gesellschaftspolitischer Alternativen jenseits von Kapitalismus und Staatssozialismus. Das Ende der Sowjetunion war nicht nur eine wesentliche Bedingung für den Siegeszug des neoliberalen Kapitalismus, im Zuge der aktuellen Krise des Kapitalismus fehlt es an konkreten alternativen Gesellschaftsformen, die über das bestehende hinausweisen. Trotz aller Unzulänglichkeiten und Defizite war die Sowjetunion ein solcher Versuch.

Anmerkungen

- 1) So etwa der russische Außenminister Sergej Lawrow in einem aktuellen Beitrag: <https://www.kommersant.ru/doc/4877702>. Ähnliche Aussagen finden sich immer wieder bei Präsident Wladimir Putin, so auch in seinem jüngsten Artikel über die „historische Einheit der Russen und Ukrainer“: <http://kremlin.ru/events/president/news/66181>.
- 2) Beispielhaft seien hier der Konflikt in Moldawien (Transnistrien), in Georgien (Abchasien, Nord-Ossetien) sowie die instabile Lage im russischen Nordkaukasus genannt.
- 3) Dies äußert sich darin, die ukrainische Identität zunehmend in Abgrenzung zur russischen zu definieren oder den Forderungen Ukrainisch als die einzige Staatssprache zu deklarieren.

Bibliografie

- Altwater, Elmar (1997): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“, Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Bauer, Otto (1924): Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien.
- Berend, Ivan T. (1996): Central and Eastern Europe 1944-1993. Detour from the Periphery to the Periphery, Cambridge University Press, Cambridge.
- Brie, Michael (1996): Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen, in: Wiesenthal, Helmut (Hrsg.): Vergleichbare Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands, Campus Verlag, Frankfurt/New York.
- Brubaker, Roger (2011): Nationalizing states revisited: projects and processes of nationalization in post-Soviet states, in: Ethnic and Racial Studies, 34(11), 1785–1814.
- Chernyshova, Natalya (2013): Soviet Consumer Culture in the Brezhnev Era, Routledge, London.
- Deppe, Frank (2013): Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand, VSA Verlag, Hamburg.
- Dzasosov, Ruslan (2014): The Conundrum of Russian Capitalism, Pluto Press, London.
- Hale, Henry E. (1999): The Strange Death of the Soviet Union. Nationalism, Democratization and Leadership, Harvard University.
- Jaitner, Felix (2014b): Die Einführung des Kapitalismus in Russland, VSA-Verlag, Hamburg.
- Jaitner, Felix (2015): Ukraine als Exempel. Der Zerfall der postsowjetischen Gesellschaft, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Jahrgang 60, Heft 10, 77–84.
- Jaitner, Felix/Oltenau, Tina/Spöri, Tobias (Eds.) (2018): Crises in the Post-Soviet Space. From the Dissolution of the Soviet Union to the Conflict in Ukraine, Routledge, Milton Park.

- Jakowlew, Alexej (1988): Ökologische Ignoranz und ökologisches Abenteuerertum. Sperren auf dem Weg der Umgestaltung, in: Afanassjew, Juri (Hrsg.): Es gibt keine Alternative zur Perestrojka. Glasnost, Demokratie, Sozialismus. Greno Verlag, Nördlingen, 307–326.
- Kagarlickij, Boris Yu./Sergeew, Wsewolod H. (2014): Istorija Rossij: Mirosistemnyj analiz, Lenand, Moskwa.
- Krasilshchikov, Victor (2014): The Malaise from Success: The East Asian “Miracle” Revisited, Lambert Academic Publishing, Saarbrücken.
- Lane, David (1976): The Socialist Industrial State. Towards a Political Sociology of State Socialism, George and Unwin Ltd., London.
- Langhammer, Rolf J./Lücke, Matthias (1995): Die Handelsbeziehungen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Von der regionalen Desintegration zur weltwirtschaftlichen Integration?, Kieler Diskussionsbeiträge, Institut für Weltwirtschaft Kiel, Nr. 244, Januar.
- Lawrow, Sergej (2021): O prave, pravah i pravilah, abrufbar unter: <https://www.kommersant.ru/doc/4877702>.
- Moore, Jason (2015): Nature in the limits to capital (and vice versa), in: Radical Philosophy, 193, 9–19.
- Putin, Wladimir (2021): Ob istoricheskome edinstve russkih i ukraincev, abrufbar unter: <http://kremlin.ru/events/president/news/66181>.
- Segert, Dieter (2002): Die Grenzen Europas. 1918, 1945, 1989 – drei Versuche im Westen anzukommen, Campus Verlag, Frankfurt/Main.
- Segert, Dieter (2013): Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien.